6. Jahrg. Nr. 83

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sichel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Weißstein, Nieder-Hermsdorf, Bistupitz.

Anzeigenpreis: Die 9gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 80 Goldpfennige

Sonnabend, 12. Juli 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,— Go[ldmark], wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kioske 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr 81060 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

20 Prozent Lohnabbau in den Hütten von OS.

Lohnabbau, die Folge des internationalen Sklavenpaktes — Der Dillinger Kampf steht — Keine Hungersnot in Rußland.

Die Montanherren provozieren.

Der Arbeitgeberverband der Oberschlesischen Montanindustrie (Gleiwitz) hat den Metallarbeiterorganisationen ein Schreiben gesandt, in der er, im Hinblick auf die „außerordentlich schlechte Wirtschaftslage“, „verschärft durch den letzten dreiwöchigen Streik“, folgendes Ultimatum an die Verbände stellt, das am 1. August durchgeführt werden soll:

Die Löhne werden um 20 Prozent gekürzt.
Die Akkordbasis wird um 10 Prozent vermindert.
Sammelakkordprämien fallen fort.
Die Lieferung von Deputatkohle fällt fort.
Betriebsräte werden nicht freigestellt.
Der Urlaub wird um 3 Tage eingeschränkt.

Das Vorgehen des oberschlesischen Scharfmacherverbandes ist so ungeheuerlich, daß selbst bürgerliche Hetzzeitungen, wie der Oberschlesische „Wanderer“ und die stinnesierte „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fragen, ob eine derartige Lohnherabsetzung bei den außerordentlich niedrigen Löhnen der Arbeiter, die nicht zum Leben ausreichen und in verschiedenen Betrieben und Industrien erhöht werden mußten, notwendig und erträglich ist.

Der Vorstoß der oberschlesischen Montanherren ist ein Signal! So weit ist es durch die reformistische Politik der Arbeitsgemeinschaft in der SPD. und bei den Christen gekommen, daß das Unternehmertum derartige Bestimmungen erlassen kann. Das verfassungsmäßig geschützte Recht der Beräte auf Vertretung der Arbeiterinteressen wird praktisch beseitigt. Die Herren kehren sich nicht an Gesetze, wenn das Gesetz des Profits es verlangt. Durch Sperrung der Deputatkohle wird der Lohn um weitere 3 Pfennig gesenkt. Die 20 Prozent Lohnherabsetzung bedeuten für einen ungelernten Arbeiter über 24 Jahr — er bekommt heute einen Stundenlohn von 19 Pfg., wovon noch die Abzüge abgehen —

15 Pfennig Stundenlohn.

Dazu Herabsetzung der Akkordbasis, Einschränkung des spärlichen Urlaubs!

20 Millionen Menschen sind in Deutschland zu viel, schreibt der Breslauer Generalanzeiger. Hier in Oberschlesien soll der Anfang damit gemacht werden, die „überflüssigen“ Menschen zu beseitigen, keine Direktoren, keine Aktionäre, keine Antreiber und Werkspitzel, sondern die Werktätigen, die Massen, von deren Schweiß das Parasitenpack lebt. Fragt sie, die Herren Direktoren, ob auch sie sich mit 15 Pfennig Stundenlohn für ihre „produktive“ Tätigkeit des Kouponschneidens begnügen werden. Die Riesenvermögen, die sie in Krieg und Revolution aus den Knochen ihrer Lohnsklaven herausgepreßt haben, müssen ihnen erhalten bleiben. Deshalb soll das Massensterben in Oberschlesien beginnen.

Die deutsche Bourgeoisie, die alle Kommunisten aus den den Parlamenten herauswirft, die den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Oberschlesiens ihr Mandat nahm, die mit Riesenprozessen gegen unsere Partei die Justiz- und Polizeischande der Anstellung 22facher Lustmörder und Menschenfresser als Spitzel verdecken will, unternimmt nicht zufällig den ersten wirtschaftlichen Vorstoß in Oberschlesien, einer Hochburg unserer Partei. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch ihre Führerin, die KPD. soll den Todesstreich erhalten.

Mitschuldig an dieser unglaublichen Provokation der Montanherren sind die Arbeitsgemeinschaftler in den freien und christlichen Gewerkschaften, die, wie immer, auch im letzten Kampf die Arbeiter verraten und verkauft haben. Ihr Protest ist eitel Heuchelei. Denn sie tun nichts, um den Abwehrkampf zu organisieren.

Der Vorstoß der Unternehmer ist die erste Frucht des neuen Sklavenpaktes, des Sachverständigenabkommens, dessen Lasten auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden sollen. Er entlarvt die erbärmliche Heuchelei der Sozialdemokraten, die diesen Räuberpack in den Himmel gehoben haben, während er den Arbeitern in Wirklichkeit die kapitalistische Hölle bringt.

*

Die Arbeiter Oberschlesiens müssen den Fehdehandschuh aufnehmen, den ihnen das Unternehmertum hinwirft. Lieber zugrunde gehen im Kampf, als verhungern in diesem kapitalistischen Fabrikzuchthaus! Das muß die Parole sein!

Die Arbeiterschaft ganz Schlesiens, die Arbeiterschaft im ganzen Reich wird ihren Brüdern in Oberschlesien solidarisch zur Seite stehen, um die Gefahren abzuwehren, die über kurz oder lang auch ihnen nahen werden.

Nieder mit dem Lohnabbau!
Kampf für menschenwürdige Löhne!
Steht zu Euren Betriebsräten!

Aus Polnisch-Oberschlesien.

Sie machen's nach.

Die Verwaltung der polnischen Myslowitzgrube macht durch Anschlag bekannt, daß ab 13. Juli die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt sei. Wer bis zu diesem Zeitpunkt die neue Arbeitsbedingung nicht unterschreibt, gilt als entlassen.

*

Handgreifliche Abwehrmaßnahmen gegen den Zwölfstundentag.

Verprügelt wurde ein Arbeiter in der Königshütte, weil er die Bedingungen der Arbeitgeber (zwölfstündiger Arbeitstag) schriftlich anerkannt hat. Der Verprügelte wurde von seinen Arbeitskollegen arg zugerichtet und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Arbeiter weigern sich standhaft, 12 Stunden zu arbeiten.

Von einer Verprügelung verräterischer Führer wird nichts berichtet.

Das Recht auf den Zwölfstundentag.

Polnische Heuchler.

Die polnische Regierung nimmt die Einführung der 12stündigen Arbeitszeit in Deutsch-Oberschlesien zum Anlaß einer wütenden Kampagne gegen die deutsche Bourgeoisie, die Schuld an der polnischen Wirtschaftskrise sei und durch diese Schmutzkonkurrenz das anständige, sozial fühlende polnische Kapital zu gleichem Vorgehen zwinge. Sie beruft sich auf die Beschlüsse der Genfer Tagung des internationalen Arbeitsamtes, die die Innehaltung des Achtstundentages verlangen.

Diese scheinheilige Vorliebe für den Achtstundentag ist nur widerliche Heuchelei. In Wirklichkeit nimmt die polnische Bourgeoisie nur zu gern das Vorgehen der deutschen Unternehmer zum Anlaß, auch ihrerseits den 12-Stundentag einzuführen. Sie hat bereits vor langer Zeit mit einem Aussperrungsfeldzug und Lohnabbau in den polnischen Betrieben begonnen.

Am widerwärtigsten aber ist die Haltung der deutschen Regierung. Sie, die mit leichter Achsel alle Rechte und Schätze Deutschlands der Entente ausliefert, pocht in der Frage des Achtstundentages auf das Hausrecht des deutschen Kapitals, „ihre“ Proleten so lange schuften zu lassen, wie es ihnen paßt und es der Profit verlangt. Nur in dieser Frage pocht sie auf ihre Souveränität.

Bereits auf der erwähnten Tagung des Internationalen Arbeitsamtes, diesem Ableger des Völkerbundes, einer Tagung auf der alle Länder durch eine gleiche Zahl von Regierungs-, Unternehmer- und Arbeitervertretern vertreten war, zeigte sich bei der Frage des Achtstundentages, der Konkurrenzneid der Mächte. Wenn Deutschland auch nicht das Glück hat, Mitglied des Völkerbundes zu sein, so kann doch die deutsche Arbeiterschaft durch die Teilnahme seiner Vertreter an den Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes den ganzen Segen der Institution des Völkerbundes erkennen. All das Gequatsche der Redner auf der Genfer Tagung, die ihre Bourgeoisie vor der deutschen Schmutzkonkurrenz bewahren wollen, aber sonst kein Interesse am Wohlergehen der deutschen Arbeiterschaft haben, wird die deutschen Unternehmer nicht abhalten, ihren Feldzug gegen den Achtstundentag durchzuführen.

Weiterer Lohnabbau.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamm, 12. Juli.

In der Sitzung der Verbände der niederländischen Metallindustriellen wurde einstimmig beschlossen, die Löhne um 4 Pfennige herabzusetzen. Da in Münsterland die Gewerkschaften sich in der Hand der SPD. und der Christen befinden, wird die Arbeiterschaft alle Kraft anwenden müssen, um gegen die Unternehmer einen Vorstoß zu organisieren.

Der Kampf in Dillingen geht weiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Saarbrücken, 12. Juli.

Eine Belegschaftsversammlung der Dillinger Hütte, die von 5800 Arbeitern besucht war, beschloß einstimmig die Weiterführung des Kampfes. Der organisierte Verrat der Christen wird von der SPD.-Presse und den Gewerkschaftsführern überhaupt nicht bekämpft. In drei Schichten ist es den Ausbeutern und den Behörden, die sie unterstützen, gelungen, die Zahl der Streikbrecher auf 1100 zu erhöhen.

Eine Aussperrung hat im Hamburger Baugewerbe stattgefunden. Zimmerer, Maschinisten, Heizer stehen vor der Aussperrung.

Die Ernte in Sowjetrußland.

Für die „Freunde“ des neuen Rußlands.

Die Meldungen über die Verschlechterung der Ernteaussichten in Südrußland waren eine frohe Botschaft für die bürgerliche Presse. „Hungersnot in Sowjetrußland“, „Drei viertel der gesamten Ernte verbrannt“ und unter ähnlichen Aufschriften erscheinen wieder nacheinander die üblichen Tatarennachrichten. Die Technik des antibolschewistischen Nachrichtendienstes ist dabei sehr einfach. Um sich den größeren Anschein von Glaubwürdigkeit zu geben, berufen sich die Zeitungsmeldungen auf amtliche russische Berichte. Nun teilt die Sowjetpresse mit der größten Offenheit auch alle ungünstigen Berichte aus Gegenden mit, wo eine schwache oder schlechte Ernte zu erwarten ist. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse und vor allem die „Volkswacht“ greifen aber aus der Masse von Ernteberichten ausschließlich die ungünstigen heraus und tischen sie dem ahnungslosen Leser als amtliche „Eingeständnisse“ auf. Die wirklichen Berichte über die Ernte geben ein ganz anderes Bild. Da in den letzten zwei Wochen keine wesentlichen Veränderungen in der Einschätzung der Ernte stattfanden, kann das Endergebnis als im ganzen feststehend angenommen werden. Demnach wird die Menge der Gesamternte der Sowjetunion im wesentlichen soviel betragen wie im Vorjahre (zirka 2800 Millionen Pud). Dieses Ergebnis kommt dadurch zustande, daß die schwache Ernte in der Ukraine und die schlechte Ernte in den Bezirken Zarizin und Strachan, durch die gute Ernte in Sibirien und Nordwestrußland ausgeglichen wird. Ferner ist der Umstand wichtig, daß die Saatfläche in diesem Jahr um 10 Prozent mehr betrug als im Vorjahre.

Die Charakteristik des Jahres ist demnach keine Mißernte, sondern eine außerordentlich ungleiche Ernte. Die Ernte beträgt pro Deßjatine von 0,3 bis 14 Pud. Bei dieser außerordentlichen Ungleichheit auf dem Riesenterritorium der Sowjetunion hängt die richtige Versorgung der von Mißernte bedrohten Gebiete nur von der richtigen Organisation ab. Die Sowjetregierung betont aber mit Recht, daß auf dem Gebiete der Organisation zum Beispiel ganz andere Zustände herrschen als vor drei Jahren und darum ist es sinnlos, die jetzige Lage überhaupt mit der Hungersnot von 1921 zu vergleichen. Das Transportwesen steht auf der Höhe, der Sowjetstaat verfügt über mehrere Dutzend Millionen Pud Getreidevorräte, die er sofort den notleidenden Gebieten zur Verfügung stellen kann, die staatlichen Einkaufsorganisationen sind in der Lage, die Spekulation zu bekämpfen, da sie 80 Prozent der Getreideproduktion selbst anschaffen und das Privatkapital nur etwa über 20 Prozent disponiert.

Natürlich herrscht in einigen von der Mißernte betroffenen Gegenden unter den Bauern Panikstimmung. Der Bauer verallgemeinert auf Grund seiner engbegrenzten lokalen Erfahrungen und glaubt, daß wenn die Ernte in seinem Bezirk nicht gut war, dies überall so sein müßte. Wie wenig aber diese örtliche Panikstimmung das wirtschaftliche Leben beeinflußt, zeigt der Umstand, daß die Getreidepreise in Südrußland in den letzten Wochen durchschnittlich nur um 10 Prozent gestiegen sind.

Der Gesamtüberschuß der Sowjetunion an Getreide wird voraussichtlich 700 Millionen Pud betragen, wovon 180—200 Millionen Pud für die Ausfuhr bestimmt werden. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, wie wenig von einer forcierten Getreideausfuhr gesprochen werden kann. Die Einnahmen aus dem Getreideexport dienen dem Zweck, die Wiederholung der „Scheere“ zu verhindern: sie wird das mächtigste Mittel in den Händen des Staates, dem Sinken der Getreidepreise und der Verarmung des arbeitenden Bauerntums, das auch dieses Jahr trotz der lokalen Mißernte, im Gesamtmaßstabe aufzutreten droht, entgegenzutreten.

Für die Zukunft Südrußlands und der Ukraine bereitet das Volkskommissariat für Landwirtschaft eine mächtige Reform der gesamten landwirtschaftlichen Kultur vor: die chronisch wiederkehrende Dürre im Südostgebiet macht es nötig, daß statt der ausschließlichen Getreidekultur in umfassendem Maße Mais produziert werde. Gelingt es den Agronomen, die Bauernschaft im Dorfe teils zu dieser Umstellung, teils überhaupt zur rationelleren Produktion zu bewegen, so werden die Gefahren für die Zukunft zum großen Teil beseitigt. Die elementaren Naturkatastrophen werden durch Aufklärung und Technik gemeistert.

Die kommunistische Bewegung Bulgariens ist in großem Aufstieg begriffen. Die Polizei versucht, die Bewegung mit Gewalt zu unterdrücken.

Haarmann und die Polizei.

Korruption und Brutalität gegen Aufdeckung der Wahrheit.

Unser Bruderblatt, die „Niedersächsische Arbeiterzeitung in Hannover“ bemüht sich, durch tägliche ausführliche Enthüllungen restlose Klarheit zu schaffen über die 5jährige Tätigkeit des Polizeispitzels und Massenmörders Haarmann. Da die Kriminalpolizei des Noske und Beckerath mit allen Mitteln der Heuchelei, der Korruption und der Brutalität die Angelegenheit im Dunkeln zu halten sucht, fordert unser Bruderblatt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus organisierten Arbeitern, um eine gründliche und objektive Untersuchung über die Korruptionszustände bei der Polizei und eine radikale Beseitigung aller kompromittierten Beamten einschließlich der Leitung herbeizuführen. Da die Hannoversche Kriminalpolizei in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse täglich alle Personen auffordert, sich zu melden, die irgend etwas über die Mordaffäre zu sagen haben, da aber bis jetzt von den mit dem Massenmörder intim verkehrenden Polizeibeamten

nach kein einziger polizeilich belangt

worden ist, stellt die „Niedersächsische Arbeiter-Zeitung“ fest, daß die Kriminalpolizei nicht daran denkt, in ihren eigenen Reihen Umschau zu halten; bei den mit Haarmann paktierenden Polizeibeamten handelt es sich vor allem um den Kriminalkommissar Müller, um die Kriminalassistenten Quinta, von Dehlo, Schade. Unser Bruderblatt stellt fest, daß die Kriminalpolizei an den scheußlichen Mordtaten des Haarmann mitschuldig ist — daher auch die Versuche der Polizei, die Enthüllung der Wahrheit zu verhindern. Gegen den Polizeispitzel und Massenmörder Haarmann waren etwa 30 bis 40 Anzeigen erstattet.

Nicht einer einzigen Anzeige ist die Kriminalpolizei nachgegangen.

Ja es sind sogar Fälle vorgekommen wie der folgende:

Ein Händler namens Thürnau war wiederholt auf dem Polizeipräsidium, um Aussagen gegen den Haarmann zu machen; als er, wiederholt ungehört, abgewiesen, wiederum auf dem Präsidium erschien, drohte man ihm mit Anklage wegen Hausfriedensbruch; als Thürnau in hoher Erregung draußen vor der Tür sich über diese Behandlung äußerte, wurde er kurzerhand verhaftet! Dies ist nur ein Einzelbeispiel für die systematische Sabotage der Kriminalpolizei; von einem Zigarettenhändler war ebenfalls fünf- oder sechsmal Anzeige erstattet, ebenso von einem Klempner, von der Hauswirtin und von den Hausbewohnern. Schon im letzten September hatte ein Kohlenhändler aus Gehrden kurz nach dem Verschwinden eines Dreherlehrlings vergeblich Anzeige erstattet — man hätte also schon im letzten Oktober dem Massenmörder das Handwerk legen können.

Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ bringt ausführliche Berichte über das intime Verhältnis des Kriminalwachtmeisters Raetz und des Kriminalkommissars Müller mit dem Haarmann, der mit seinen Kollegen Saufgelage veranstaltet und sie auch offenbar mit billigem Braten (!) versorgt hat; dieser Müller hat z. B. zwei im Hause des Haarmann wohnende Mädchen einfach nach Hause geschickt, als diese dringenden Verdacht geschöpft und sogar zwei Stücke Fleisch aus dem Topf des Haarmann zur Polizei gebracht hatten.

Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ fällt dieser Kriminalpolizei sehr auf die Nerven; mit dem Verbot des Blattes ist gedroht. Nach Tagen erst hat die Polizei eine „Widerlegung“ der von uns gebrachten Enthüllungen fabriziert, die natürlich die kommunistischen Anklagen ganz und gar nicht abschwächt; die Polizei erklärt, den für unser Blatt verantwortlich zeichnenden Genossen Katz nicht strafrechtlich verfolgen zu können, da er als Abgeordneter immun sei. Die Polizei ist sonst nicht so zimperlich auf die Immunität der Abgeordneten bedacht. Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ erklärt als Antwort, daß

Genosse Katz in diesem Falle auf seine Immunität freiwillig verzichte.

Aber die Polizei, die seit 5 Jahren einen gegen die kommunistische Partei verwandten Spitzel und Massenmörder in ihren Reihen gezählt hat, hat natürlich gegen den Vorstoß unseres Blattes, gegen alle Enthüllungen, gegen die Wahrheit selbst nur Heuchelei und Brutalität. Unser Bruderblatt fordert einen Untersuchungsausschuß und läßt seine Forderung münden in den Ruf:

Hinweg mit Beckerath und Noske!

Die hier wiedergegebenen Verhältnisse sind bezeichnend für die Republik der Severing und Noske und ihrer Klassenjustiz, die durch Polizeispitzel wie Haarmann gegen die kommunistische Partei Cholerabazillenschwindel fabrizieren läßt und einen Tscheka-Prozeß zu inszenieren versucht.

Die staatsgefährlichen Schriftstücke.

Der Untersuchungsrichter Vogt hat jetzt auch der Komm. Landtagsfraktion einen Teil der beschlagnahmten Sachen zurückgegeben. Wie staatsgefährlich die Dokumente waren und wie leichtsinnig zugleich der Untersuchungsrichter bei der Beschlagnahme gehandelt hat, zeigt ein Auszug der von ihm selbst gefertigten Liste der zurückgegebenen Sachen. Es wurden beschlagnahmt:

Papierschnitzel unwichtigen Inhalts,
1 Brief Rote Hilfe, Zentralstelle,
Juristische Zentralstelle Jahresbericht 1923.
Druckschrift „Wohnungswirtschaft Heft 5“,
Bericht juristische Zentralstelle Monat April 1924,
Vollmacht für Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Hamburg,
Juristische Zentralstelle Bericht über Monat Mai 1924.
Uebersicht über bearbeitete Sachen der jur. Zentralstelle für Monat Mai.
18 Berichte der Roten Hilfe und 14 einzelne Blätter,
2 Briefe privaten Inhalts an Felix Schmidt,
Drucksachen des 22er Ausschusses (Städteordnung),
Brief von Clara Zetkin vom 5. 6. 1921 (!) an Ernst Meyer,
2 Listen mit Namen von Stenotypistinnen,
1 Urlaubsplan,
1 Schriftstück „Gebührensätze für Anwälte“,
Mehrere Schreiben an Rechtsanwälte,
3 Schriftstücke über die Arbeitsschule Barkenhof, Worpswede.

Die SPD. als Antreiberin für den Ueberfall.

Einige Tage vor dem Ueberfall der Polizei auf die kommunistischen Fraktionszimmer machte schon ein Abgeordneter der SPD. einem bürgerlichen Journalisten davon Mitteilung. Die SPD. hat also schon von der frechen Verletzung der Immunität einige Tage vorher gewußt. Es stellt sich also ein planmäßiges Vorgehen gegen die Kommunisten im Dienste der Konterrevolution heraus.

Kein Zusammentritt des Reichstags.

Der Aeltestenausschuß lehnte heute den Antrag der kommunistischen Fraktion zum sofortigen Zusammentritt des Reichstags ab. Die Regierung hat lieber ihre Ferien und beschäftigt sich ungern mit dem Ueberfall auf die kommunistische Reichstagsfraktion.

Auch der Landtag tritt nicht zusammen.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtages lehnte es ab, Freitag in eine sachliche Beratung des kommunistischen Antrages betr. der polizeilichen Durchsuchung einzutreten, da Leinert verreist sei. Der Zusammentritt wurde auf Sonnabend vertagt.

Verewigung der Militärkontrolle.

Wie zu erwarten, erklärt die Entente in ihrer Antwortnote hinsichtlich der Militärkontrolle, daß sie sich das Recht vorbehalten, solange die Kontrolle auszuüben, wie sie es für notwendig halte. Mit anderen Worten: dauernd. Die deutsche Regierung erhält einen Fußtritt nach dem anderen — sie nimmt ihn demütig und gottergeben hin. Während auf russischem Boden kein einziger Ententesoldat steht, überwachen in Deutschland Hunderte von Ententemilitaristen die deutschen Rüstungen.

„Schlesische Zeitung“ und „Volkswacht“ gegen die IAH.

Die „Volkswacht“ hat in ihrem Kampf einen Bundesgenossen in der „Schlesischen Zeitung“ gefunden, mit dem sie sich sehen lassen kann.

Das deutschnationale Blatt wendet sich in einem Artikel gegen die IAH., weil es den Wert der internationalen „Solidarität“ kennt.

Feine Bundesgenossen!

Sprengung eines Kriegerdenkmals. In Tilsit sollte ein Denkmal der 41er enthüllt werden. Am Morgen der Einweihung wurde das Denkmal zerstört vorgefunden. Die Wut der Faschisten ist ungeheuer.

Der Schwerindustrie alles, dem Sozialrentner und Arbeitsopfer nichts.

Im Reichstag tagt Dienstag der Sozialpolitische Ausschuß.

Die Schwerindustrie riß gleich die Führung an sich und ließ durch ihren Sprecher verkünden: man dürfe nur denen helfen, die arbeiten könnten. Alle übrigen, das Millionenheer der Arbeitslosen, Rentner, Invaliden, Kriegsbeschädigten müsse man seinem Schicksal überlassen. Auch der Arbeitsminister Brauns erklärte, daß die Regierung bis auf weiteres nichts bessern könnte. Vom Zentrum und von den Demokraten rührte sich kein Mensch zu dieser Frage. Der Sozialdemokrat Hoch sprach, ohne die Regierung energisch auf den Zahn zu fühlen. Er stellte sogar den guten Willen des Arbeitsministers fest.

Die Kommunisten dagegen rechneten scharf mit der „notleidenden“ Schwerindustrie ab, die lieber das Volk verhungern läßt, als einen Pfennig für ihre Opfer zu geben.

Unsere Genossen stellten den Antrag, die Gehälter aller Rentenempfänger auf das errechnete Existenzminimum zu erhöhen. Dieser Antrag ist so selbstverständlich, daß er von allen Parteien aufgenommen werden müßte. Aber die Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Völkischen werden wie immer all ihre schönen Worte und Parolen vor der Wahl vergessen.

Waffenfunde bei Völkischen.

Bei dem völkischen Landwirt Eberhard in Greetsiel bei Emden wurden bei einer Haussuchung 74 automatische Gewehre, 3 schwere Maschinengewehre und 13 leichte Maschinengewehre sowie zahlreiche Munition gefunden, die in der Nacht zuvor ausgeladen wurden. Eberhard hatte noch vor einigen Wochen fälschlicherweise einen kommunistischen Arbeiter verdächtigt, Waffen in seinem Besitz zu haben.

Wir sind gespannt auf die hohen Zuchthausstrafen, die die völkischen Waffenbesitzer treffen werden.

Ein Sieg Poincarés.

Der gestürzte Poincare gibt weiter, wie vordem, der französischen Politik Ziel und Richtung. Herriot führt sein Programm aus und Macdonald führt das Programm Herriots aus. Wie die Presse berichtet, ist Herriot in allen wesentlichen Fragen auf der Pariser Konferenz durchgedrungen. Die acht Punkte, in denen zwischen Herriot und Macdonald in Paris ein Einvernehmen erzielt wurde, sehen vor:

Sicherheit für die Anleihezeichner (d. h. ein niedergeknebeltes deutsches Proletariat).

Nur die Regierungen führen das Sachverständigen-Gutachten durch (d. h. Frankreich bestimmt, keine gemischte, von Amerika und England beherrschte Kommission).

Die Reparationszahlungen müssen unter allen Umständen sichergestellt werden.

Die Autorität der Reparationskommission muß unbedingt erhalten bleiben. Ein Amerikaner soll in sie aufgenommen werden.

Etwaige Verfehlungen Deutschlands werden durch die Reparationskommission festgestellt.

Deutschland wird es nicht einmal gestattet, als Statist an der Londoner Konferenz teilzunehmen.

Das übrige sind leere Phrasen. In den wesentlichen Fragen hat Frankreich einen Sieg errungen. Entgegen allen sozialdemokratischen Illusionen hat das imperialistische Frankreich seine Stellung gehalten.

Die französischen Kommunisten gegen das Sachverständigenabkommen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs ist die einzige französische Partei, die eine energische Kampagne gegen das Sachverständigengutachten führt.

In der „Humanite“, unserem französischen Bruderblatt, schreibt der Genosse Cachin:

„Obgleich Deutschland versuchen wird mit allen Mitteln seine Proletarier bis zum Weißbluten auszubeuten, wird Deutschland doch nie in der Lage sein, soviel an Werten für Frankreich zu schaffen, damit Frankreich auch nur seine inneren Schulden bezahlen kann, die allein 400 Milliarden betragen.

Die Londoner Konferenz, also die höchste Instanz der Alliierten wird nicht fähig sein, das Problem der französischen Finanzen zu lösen. Und trotzdem bekennen sich die Sozialdemokraten aller Länder zu dieser Politik der Schande und des Betruges.“

Farbige Winde.

Erzählung von **Wssewolod Iwanow.**

(Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8)

2)

„Friede mit der ganzen Welt! Den Brest-Litowsker Frieden haben wir geschlossen ... und die Tschechen wollen wieder einen Zaren einsetzen! ... Vater! — ich will jetzt auf dem Lande arbeiten ... Das Band vom Kreuz habe ich fortgeworfen — so will es die Revolution! Und das Kreuz kann man tragen — am Halse ... Es werden keine Kreuze mehr verliehen ... Es ist verboten worden ... Vater, Listrat Jefimitsch, Genosse ... Mein Gott! ...“

Die Talglampe verlöschte häufig, dann neigte sich Darja zum Ofen, fachte die Glut an und entzündete sie von neuem. Listrat saß schweigend auf der Bank — ungeschlacht und dunkel.

Hinterm Ofen weinte die Greisin und es war, als wenn der Ofen weine.

Und in der verschwommenen goldig blauen Finsternis zogen sich über das Tschuifrin-Tal zu den Bergen hin — nackte Höfe, leere Weiden und Felder, klare Gebirgsbäche und — Menschen.

II.

Ssemjon kehrte früh morgens zurück. Als er das Hoftor öffnete, bemerkte er in der Scheune seinen Bruder Dmitri, der einen Wagen schmierte.

„Bist du zurückgekommen?“ sagte er. „Die Leute sagen, in der Stadt sei ein Lager mit landwirtschaftlichen Maschinen eröffnet worden. Wir müssen die Zähne der Mähmaschine auswechseln.“

Dmitri stellte den Topf mit Butter nieder und antwortete heiser:

„Sonderbar ist es hier bei euch! Da merkt man, daß man in Sibirien ist — man schmiert die Achsen mit Kuhbutter ... Drüben in Rußland haben die Leute vergessen, wie Butter aussieht ...“

„Wagenschmiere gibt es hier nicht. Mit Sand läßt sich ein Wagen nicht schmieren.“

Fiokla zog die Schuhe aus und ging, Dmitri von der Seite betrachtend, eilig dem Hause zu:

„Du wirst hier noch manches Wunder erleben. Schuhe trägt man hier nur, wenn man im Wagen sitzt — gehen muß man barfuß ...“

Dmitri tastete im Wagenstroh — seine Hand stieß auf einen glattgeschorenen Kopf. Den Mund weit aufreißend, brach er in lautes Gelächter aus:

„Hast du rotes Wild geschossen? Ho-ho-ho! ... In Rußland ist man noch nicht so weit ...“

„Auch dort wird man so weit kommen ...“

„Kann schon sein“, antwortete Dmitri, und seine dicken, eckigen Kiefern, die wie Pflugeisen aussahen, bewegten sich langsam.

Rosafarbener heißer Dunst lagerte über der Niederlassung. Glänzende gelbblaue Schatten der Tarbagataiberge flossen von den golden-blauen Wolken auf die Erde. Es roch nach trockenen Faulbaumblüten.

„Hast du die vierzig Rubel bekommen?“

„Zuerst wollten sie mir das Geld nicht geben, ich sollte ihnen einen Zeugen herbeischaffen ...“

„Schafsköpfe — Zeugen wollen sie haben. Das ist sozusagen eine private Angelegenheit — da kann es keine Zeugen geben. Ja! ... Wenn man bedenkt: hunderttausend Rote gibt es .... Wenn man für jeden vierzig Rubel bekäme ...“

„Da kann man was verdienen ...“

Fiokla ging an ihnen vorüber — klotzig, fest, wie eine schwerfällige Trappe. Mit winzigen grauen Augen — wie die einer Trappe.

Dmitri blinzelte nach ihr hin und flachste:

„Ein tüchtiges Weib hast du dir ausgesucht ...“

Dmitris gelbe Entenmale mit den kleinen [illegible] schmunzelte erregt.

In diesem Augenblick kam von der Straße Listrat Jefimitsch mit langem, leisem Wolfsschritt in den Hof.

„Du trinkst viel, Dmitri“, sagte er. „Wieviel Schnaps hast du gestern getrunken! ... Es heißt — in Rußland ist ein neuer Glaube aufgekommen ...?“

„Der Soldat hat nur einen Glauben — Schlag zu und kümmere dich um nichts! Meinst du den bolschewistischen Glauben?“

Listrat sah eine Weile starr vor sich hin, machte dann eine ratlose Handbewegung und sagte:

„Jeder hat seinen Glauben, und was für welchen — das kann ich nicht begreifen! ... Ich weiß nicht, welchen Glauben das Volk haben muß ...“

Er preßte die Lippen aufeinander und neigte das Gesicht auf die Hand.

„Ein jeder begreift genau soviel, als er in seinem Gewissen Platz hat. Und wenn einer eine gar große Schuld zu tragen hat — dann steht es schlimm um ihn, Dmitri. Vor lauter Angst fließt ihm der Schweiß wie Tränen. Wer die Schuld tragen kann ...“

[illegible]

„Ich fürchte mich ... Wenn man Eisen zu lange glüht, dann taugt es zu nichts, weder zu einer Sichel noch zu einem Ofenrohr ... So ist es.“

„Weißt du Vater, wir hatten in unserem Regiment einen Unteroffizier, Jermolajew hieß er — der sagte immer: wenn ich einmal so richtig christlich leben werde, dann wird ein wildes Tier vor mir erscheinen, aber es wird lammfromm sein. — Das war damals, als wir in Polen standen ...“

Ssemjon wischte sich den Schweiß von den harten, eingefallenen Wangen und sagte ärgerlich:

„Wenn du doch endlich einmal aufhören würdest, von Religion zu schwätzen! ... Du kommst eben gewiß von deiner Dirne! Verstehst du, Mitja, — er schafft sich hier ein Liebchen an und redet alle Tage vom Glauben ... Der Alte ist bald sechzig Jahre alt und hat noch immer nicht genug ... Pfui Teufel ... !“

Dmitri lacht dumpf kreischend auf:

„Du willst wohl heiraten! Ha-ha-ha ...! Also diesen Jermolajew ...“

Ssemjon spie aus, preßte die Fäuste zusammen und ging, mit seinen Armen fuchtelnd, davon.

Gegen Mittag kam der Kirgise Alihman; er sagte, ohne vom Sattel zu steigen:

„He, Mursa, hast du dich jetzt entschlossen?“

Ssemjon und Dmitri begannen mit ihm zu handeln. Der Kirgise verlangte fünfzehn Rubel für die Ausbesserung des Hoftores, aber sie boten ihm nur zehn.

Der Kirgise sprang vom Sattel, schwenkte die langen zerrissenen Aermel seines Tartarenhalbrocks und forderte wütend seinen Preis.

„Dir fällt das Geld umsonst in den Schoß — hast bloß einen Finger krumm gemacht und sofort 40 Rubel erhalten! Ja—a! ... Und ich muß vierzehn Tage dafür schuften! Du brauchst bloß zu schießen und ich muß mich mit dem Beil abplagen? ... He, Mursa! Ssemjon!“

Sein müdes, mattes, schiefäugiges Gesicht schrumpfte zusammen. Dmitri herrschte ihn fluchend an.

Alihman sprang ängstlich in den Sattel und rief:

„Oj—oj! ... Der Rote schlägt dich — der Weiße schlägt dich — einen schlechten Kaiser haben wir jetzt!“

Sie einigten sich auf zwölf Rubel.

Als Alihman anfing am Hoftor zu arbeiten, erschien hinter der Ecke ein mageres Rößlein mit einem elenden, nackten Schweif, der an einen krummen Ast erinnerte. Stolpernd schleppte es einen geflochtenen Korb hinter sich drein. Etwas weiter ab ritten vier Kirgisen mit Fuchspelzmützen auf den Köpfen.

(Fortsetzung folgt.)

Betrieb und Werkstatt.

Der Streik der Brauer von A. Haselbach, Namslau, dauert an.

Schon seit dem 4. April stehen die Arbeiter im Streik, weil sie die Tariflöhne nicht bezahlt bekommen. Die Brauerei Haselbach, will mit allen Mitteln den Lohnabbau herbeiführen, um dann den anderen Brauereien Schlesiens die Gelegenheit zu geben, dasselbe mit ihren Arbeitern zu tun. Scheinheilig behauptet die Firma, ihre Betriebsführung gestatte es nicht, mehr für Löhne auszugeben. Für Reklame ihres Bieres kann die Firma aber unheimliche Summen ausgeben.

Brauereiarbeiter von Haselbach! Besteht auf euren Forderungen, darüber hinaus, tretet dafür ein, daß allgemein in Schlesien mit den schlechten Löhnen Schluß gemacht wird! Brauereiarbeiter Schlesiens! Unterstützt eure streikenden Kollegen. Denn ihr Kampf ist euer Kampf. Arbeiter Breslaus, Arbeiter Schlesiens entnehmt kein Bier von der Brauerei Haselbach, Namslau!

Die ausgesperrten Eisenhüttenarbeiter Niederschlesiens bleiben fest.

Es wird uns geschrieben:

Eine gutbesuchte Ausgesperrtenversammlung fand am 9. Juli in Kohenau im Schützenhaus statt. Kollege Puppe gab einen Bericht von der in Reisicht abgehaltenen Konferenz für sämtliche ausgesperrten Hüttenbetriebe, wozu alle Betriebe Delegierte entsandt hatten. Von der Bezirksleitung des DMV. war Knorr-Breslau und von dem Gewerkverein der Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter der Bezirksleiter Herbig-Görlitz anwesend. Nach einem kurzen Situationsbericht für das gesamte Aussperrungsgebiet setzte die Diskussion ein, aus welcher hervorging, daß die Stimmung im gesamten Gebiet sehr gut ist. Im allgemeinen werden Notstandsarbeiten von den Ausgesperrten nicht ausgeführt. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß die Kopfarbeiter den Kämpfenden in den Rücken fallen und Streikbrecherarbeit verrichten. Eine Ausnahme bilden nur die im Werkmeisterverband organisierten Meister von Kohenau und zwei technische Angestellte, welche das Rückgrat besaßen, Streikbrecherarbeit zu verweigern. Darauf wurde dem ersten Vorsitzenden und dem Schriftführer des Werkmeisterverbandes in Kohenau und den zwei Kollegen von den technischen Angestellten gekündigt. Aufgabe der Kollegen wird es sein, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis auch diese Kündigungen zurückgenommen sind. Sie sind als eine Maßregelung anzusehen, welche die sich sehr stark fühlenden Hüttengewaltigen herausnehmen und so einen Druck auf die übrigen Kopfarbeiter ausüben. Das Gegenteil trifft allerdings in Primkenau zu. Dort verlassen die im Werkmeisterverband organisierten Meister fast alle Abende schwankend das Werk, von den Wirkungen der ihnen von der Werkleitung zur Verfügung gestellten alkoholischen Nahrung. Aufgabe des Bezirksleiters vom Werkmeisterverband wird es sein, sich um seine Schäfchen zu kümmern, weil sie sich schämen müssen, freigewerkschaftlich organisiert zu sein.

Ferner teilte Kollege Puppe noch mit, daß die Bezirksleitung vom DMV. Frauen-Versammlungen im Ausgesperrtengebiet veranstalten will. Kollege Obst begrüßte dieses Versprechen und führte aus, daß gerade die Unaufgeklärtheit der Frauen in dem aufgezwungenen Kampf uns Schaden zufügen kann. Er forderte die Kollegen auf, in diese Versammlung ihre Frauen restlos zu schicken. Mit dem Hinweis, den Kampf so geschlossen weiterzuführen wie bis jetzt, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bedeutung der Betriebszellen erkennt die Krim besser als wir.

Die Erfurter Kriminalpolizei hielt in der Erfurter Arbeiterbuchhandlung Haussuchung. Die Kriminalpolizisten gaben an, sie seien beauftragt, Broschüren über Betriebszellenarbeit zu beschlagnahmen. Sie fanden aber nichts. Die Kriminalpolizei beweist durch ihr Vorgehen die Notwendigkeit und Gefährlichkeit der Betriebszellenarbeit.

Stadtverordneten-Versammlung.

Zuerst beschäftigte man sich mit kleinen Vorlagen und Anträgen. Eine längere Debatte entspann sich bei der Vorlage des Magistrats zu genehmigen, daß ein Denkmal für die Gefallenen des Regiments 51 am Reichspräsidentenplatz errichtet wird. Mache (SPD.) sagte, es sei Ehrenpflicht für die Gefallenen ein würdiges Denkmal zu errichten, darin bestehe zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen nur eine Meinung. Das ist bei der nationalistischen Einstellung der Sozialdemokratie nicht zu verwundern. Der eigene Fraktionsgenosse Stope desavouierte Mache, indem er verlangte, daß den Hinterbliebenen zuerst geholfen werde, das sei die beste Ehrung. Genosse Ammon verlangte, daß, wenn man der Toten gedenken will, zuerst die Verpflichtungen bei den Lebenden erfüllen muß. Und darin hat das Bürgertum, hat die Sozialdemokratie versagt. Er verlangte, daß Arbeiterwohnhäuser gebaut werden sollen, aber das werden ja die Bürgerlichen ablehnen. Der Reichspräsidentenplatz soll nicht zu einer Siegesallee ausgestaltet werden.

Bei der Wahl des Bürgermeisters gaben die Kommunisten folgende Erklärung ab, die mit betretenem Schweigen angehört wurde:

Wir Kommunisten stimmen gegen alle Bürgermeisterkandidaten, weil sie in gleicher Weise Vertreter des Bürgertums sind. Es handelt sich hier weder um die Vertretung von „allgemeinen", noch Arbeiterinteressen, sondern um einen widerlichen Mandatsschacher.

Die Sozialdemokratie hat in fünfjähriger Tätigkeit in der Breslauer Kommune, die sie beherrschte, alle Positionen dem Bürgertum preisgegeben oder belassen. Auch den jetzt so heiß umstrittenen Bürgermeisterposten. Sie hat fünf Jahre lang die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten der städtischen, Staats- und Privatbetriebe, die sie gewählt haben, verraten. — Die gesamte deutsche Sozialdemokratie ist zu einer Stütze des Faschismus geworden. Sie hat aufgehört, eine Arbeiterpartei zu sein.

Wir Kommunisten wissen, daß das Elend der Arbeiterklasse nicht durch diese Futterkrippenbürgermeister noch durch die bürgerliche Kommune beseitigt wird. Nur eine Kommune der Räte wird die Arbeiterschaft aus ihrem Elend heraus zum Siege führen.

Wie wir bereits gestern kurz meldeten, wurde im dritten Wahlgang, nach vielem Kuhhandeln der Zentrumskandidat Dr. Herschel mit 37 Stimmen gegen seinen sozialdemokratischen Gegner Dr. Heimerich, der 34 Stimmen erhielt, gewählt. Die Sozialdemokraten sind außerordentlich wütend auf die 4 Kommunisten, denn durch ihre 4 Stimmen hätten sie den Sozialdemokraten zum Siege verhelfen können. Daß wir mit ihnen nicht zusammengehen konnten, bewies am besten die Schuftigkeit, die sie sich bei unserer Dringlichkeitsanfrage wegen Entlassung von 2000 Arbeitern von Linke-Hofmann leisteten.

Eine längere Aussprache forderten die Anträge auf Herabsetzung der Gas- und Elektrizitätspreise durch den Magistrat. Während die Sozialdemokraten nur den Gaspreis um 2 Pfg. herabsetzen wollten, stellten die Kommunisten den Antrag: Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise nach dem Arbeitseinkommen zu staffeln und die Erwerbslosen, Kriegsrentner usw. zum Selbstkostenpreis abzugeben. Es wurde ausgerechnet, daß die Stadt z. B. beim Gas

66⅔% Gewinn

hat. Sie gibt das Gas mit 20 Pfg. und stellt sich bei ihr auf einen Selbstkostenpreis von 12 Pfg. Während der Sozialdemokrat Vogt der Stadt einen Verdienst von 50 Prozent lassen wollte, den Gaspreis auf 18 Pfg. festgesetzt haben wollte, verlangte unser Genosse Ammon in der Begründung seines Antrages, daß den Minderbemittelten Gas zum Selbstkostenpreis abgegeben wird.

Ferner sagte er, daß wir Kommunisten grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen; die Kommune ist kein kapitalistischer Betrieb, der hohe Gewinne abwerfen will, sondern ein Betrieb für die Allgemeinheit. Nach dem Haushaltsplan soll Gas und Elektrizität einen jährlichen Ueberschuß von 3½ Millionen bringen. Das ist unerhört, wenn man bedenkt, daß die Industrie und Großabnehmer bedeutende Ermäßigungen bekommen. Ammon verlangt für die minderbemittelte Bevölkerung Ermäßigung auf Kosten der Großen. Da diese sowieso ein Geschäft dabei machen, sollen sie auch ordentlich bezahlen.

Der Magistratsvertreter wendet sich dagegen und verweist die Minderbemittelten an das Wohlfahrtsamt. (!!!) Das Wohlfahrtsamt, dessen jedem sozialem Empfinden hohnsprechenden Taten oft genug die Oeffentlichkeit beschäftigt hat, das ja eine wirkliche Hilfe den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrisen gar nicht gibt, soll helfen, sagt der Herr Stadtrat. Breslauer Arbeiter, merkt es euch!

Das Zentrum, die christliche, von Nächstenliebe so „durchdrungene" Pfassenpartei, der so viele Arbeiterfrauen noch nachlaufen, erklärt, es stimmt gegen Herabsetzung des Gaspreises von 18 Pfg.

Die Sozialdemokraten, die nochmals für Festsetzung auf 18 Pfg. eintraten, verlangten es besonders deshalb, weil die Kohle billiger geworden sei, weil Stuttgart, welches eine viel schlechtere Kohlenbasis als Breslau hat, mit 14 Pfg. das Gas abgibt. Darauf antwortete ihnen der Demokrat Wolf: Die Kohle ist nur deshalb billiger geworden, weil der preußische Staat den Zechenbesitzern eine Ausgleichszulage gegeben hat. Der preußische Staat kann das aber nicht lange durchhalten, weil er kein Geld hat. Auch werden die Frachten um 40 Prozent steigen (Zuruf der SPD.: Ist nicht wahr!). Und doch ist es wahr, die Privatisierung der Eisenbahn (der die Sozialdemokraten nichts in den Weg legen), erfordert Steigerung der Tarife. Wenn dann das Sachverständigen-Gutachten angenommen wird, können noch größere Steigerungen.

Das muß sich die Sozialdemokratie von den Demokraten sagen lassen und damit bestätigen, daß sie arbeiterfeindliche Politik betreibt. Sie wagten auch nichts zu entgegnen.

Im Schlußwort zu seinem Antrag betonte Genosse Ammon noch einmal, daß es wohl möglich sei, die Staffelung der Preise einzuführen. Bei der Straßenbahn hat man es ja auch bei den Arbeiterwochenkarten. Die Lösung durch das Wohlfahrtsamt lehnen wir ab, wir wollen keine solche Wohlfahrtspflege.

Die Abstimmung ergab gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Zentrum und Deutschvölkischen Annahme der Herabsetzung auf 18 Pfg. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Der Stadtv. Scybilla stellte den Antrag den Grundpreis des Wassers von 16 auf 18 Pfg. pro Kubikmeter zu erhöhen.

Die Sozialdemokraten sprachen gegen diesen Antrag, da die Entstehungskosten des Wassers nur 11 Pfg. betragen. Es käme dann ein Reingewinn von 63 Prozent in Frage.

Paul (Zentrum): Sie, meine Herren sagen immer, die Bürgerlichen sollen bezahlen. Aber wir wollen und können nicht zahlen. Es gibt heute keinen reichen Menschen mehr in Deutschland. (Gelächter.) Wo wollen sie denn die Steuern hernehmen? (Moser ruft: Autosteuer.)

Thum (Dtn.): Es ist mir unverständlich, wie die Sozialdemokraten von der Erhebung der Steuern sprechen können. Sie haben ja selbst ein paar Jahre die Mehrheit im Stadtparlament gehabt und haben kein Geld bekommen können.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Völkischen und Bodenreformer angenommen.

Der Stadtv. Braune erstattet Bericht über die Straßenbahn und erklärt, daß die Einnahmen den Friedensstand erreicht haben. Der Fahrpreis von 15 Pfg. muß bestehen bleiben. Wir werden die Straßenbahnlinien ausbreiten, auch zu Linke-Hofmann hin.

Ammon (KPD.) spricht für Herabsetzung des Fahrpreises. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie zu Linke-Hofmann ist von keiner großen Bedeutung, wenn man bedenkt, daß 3000 Arbeiter dieses Werkes entlassen werden sollen.

Ich sehe mich genötigt, in aller Oeffentlichkeit festzustellen, daß die SPD. unseren Antrag zur Besprechung über die kommenden Entlassungen bei Linke-Hofmann nicht unterstützt hat.

Der Antrag Scholz, die Schaffner der Straßenbahn in das Angestelltenverhältnis zu überführen, wird gegen die Stimmen der Linksparteien angenommen.

Breslau.

Die Kleinen fressen noch Kleinere.

Dazu schreibt uns ein Erwerbsloser, der im Straßenhandel etwas verdient:

Die Breslauer bürgerliche Presse berichtet über die „Auswüchse des Straßenhandels". Dazu möchte ich bemerken, daß es wohl stimmt, daß 70 Prozent des Gemüsehandels in den Händen des Straßenhandels liegt. Es stimmt aber nicht, daß ein Straßenhändler 100 Mark täglich verdienen kann. Ich habe erwerbslose Kollegen, welche vom Vater Staat keine Unterstützung mehr erhalten. Die Brocken des Wohlfahrtsamtes sind zum Leben erst recht zu wenig und zum Verhungern zu viel. Da fangen diese meistens einen kleinen Handel an. Und da beträgt der Verdienst, meine Herrschaften, wenn alle Spesen abgerechnet sind, nicht 100 Mark, sondern 1 bis 2 Mark den Tag. Denn an einem Zentner Kirschen, welcher heut 12—14 Mark kostet, der Händler dann das Pfund mit 15 Pfg. verkauft, kann er keine 100 Mark verdienen. Ich rate der bürgerlichen Presse einmal, doch auf den Frühmarkt zu gehen und sich nach den Preisen zu erkundigen, dann werden sie anders über den Verdienst denken. Ebenso wird geklagt, daß die Händler keine Abgaben haben. Der Händler ist verpflichtet, alle seine am Tage verkauften Waren zu notieren. Dafür hat er sein Gewerbebuch und wird von der Polizei vielleicht schlimmer kontrolliert als wie ein anderer Geschäftsmann. Wenn der Straßenhändler mit den Eintragungen Biole macht, na, meine Herrschaften von Bändlern und anderen Geschäftsleuten, ich möchte nicht den richtigen Stand der verkauften Ware und die durch hintertriebene Umsatzsteuer verdienten Gelder haben. Denn ihr seid alle abgefeimte Geschäftsleute. Die Straßenhändler aber eine neue, gedrückte und durch die Not der Zeit hervorgerufene Sorte von Geschäftsmenschen, und deshalb nicht so gewitzt, sondern sehr ängstlich in diesem Bioleschieben gegenüber der Steuerbehörde. Was die Sauberkeit anbelangt, sieht es auf dem Verkaufswagen sauberer aus, als in manchem Quarkhändel.

Aber kommen wir noch zu einer Sache. Habt ihr euch schon gefragt, warum und wieso wir soviel Straßenhändler haben? Denkt zurück an den Abbau bei den Behörden und Betrieben. Denkt an die Arbeitslosen. Ja, jetzt kommen wir drauf, auf die Zahl der Arbeitslosen, von denen die Stadt Breslau nur 5—6000 besitzen will. Aber hier seht ihr die Zahl. Das sind alles Proleten, die von ihrer, sagen wir „Vaterstadt", als nicht mehr fähig für Erwerbslosenunterstützung gehalten werden und deshalb gezwungen sind, sich auf andere Art und Weise ihr nacktes Leben zu fristen.

Wir sehen dadurch weiter, daß die Proleten nicht arbeitsscheu, sondern von früh bis abends auf den Straßen am Wagen stehen, um nicht die treusorgende Stadt Breslau anzubetteln, um hochwohllöblich einen Brocken zu erhalten. Ein großer Teil davon versucht, als Straßenhändler sich durchs Leben zu schlagen, bis ihnen die Sonne einer anderen Zeit als Proletarier scheinen wird.

Weiter möchte ich dem Referenten vom Reichsschutzverband des Handels und der Industrie zurufen: nicht gleich die Polizei anrufen, seid ihr solche Hasenfüße! Fordert lieber die Versammelten auf und tut selber eintreten im Interesse eures Handels für Arbeit und bessere Zahlung von Unterstützung der Erwerbslosen. Rückt dem Magistrat doch einmal auf den Hals, damit er den Erwerbslosen bessere Arbeit und Unterstützung gibt.

Wenn ihr das erreichen könnt, dann ihr lieben Quarkhändler, wird der fliegende Händler gleich wieder in seine Werkstätte zurückkehren und euch allein den Verkauf von Gemüse und sonstigem Quark überlassen. Eher wir sehen die Einstellung von euch deutlich. Als Mensch für seine Mitmenschen zu kämpfen, gibt es nicht. Aber wenn euch, wie hier, die Konkurrenz auf den Leib rückt, dann fliegt Polizei her: Schütze uns vor dem Pöbel, denn wir verdienen nichts! Na, wartet ab. Es wird eine Zeit kommen, wo ihr die Klasse, die ihr heute mit Füßen tretet, versuchen werdet zu streicheln.

Universitätsgeschichterl.

H. S. Ein Schwindler a la Klante treibt an der Breslauer Universität sein Unwesen. Die Studiengebühren usw. sind dermaßen hoch, daß nur die Reichesten sie aufbringen können — schließlich wäre es doch furchtbar, wenn einem Arbeiterkind der Weg zur höheren Bildung offenstünde und so vielleicht Oberlehrertum und Justiz „marxistisch verseucht" werden könnte. —

Nun hat sich ein ehrenwerter Mann gefunden, welcher für bare 1000 Mark, in Worten: eintausend Rentenmark, im voraus eingezahlt, jedem ein vierjähriges Studium gewährt.

Dieser Herr bietet dafür:

1. Zahlung sämtlicher Universitätsgebühren.
2. Lieferung der Lehrbücher,
3. Freien Mittagtisch,
4. Möbliertes Zimmer,
5. Wöchentlich 8 Mark Taschengeld (für Frühstück usw.),
6. Bei evtl. Ferienreise Ersatz der Fahrt bis 60 Mk.

Also für bare 20.90 monatlich Leistungen, welche normalerweise 150 bis 250 Mark kosten. Daß dies alles Schwindel ist, wird jeder zugeben.

Aber daß sich dies alles Studentenhilfe nennen darf und von der Universität der Aushang am Schwarzen Brett gestattet wird, geht über die Hutschnur.

Wer wird durch dies alles geschädigt werden?

Der feudale Saufstudent nicht!

Mittellose Studenten, die sich irgendwoher, von Gönnern, Verwandten und Bekannten das Geld vielleicht zusammenpumpen. Vielleicht auch Werkstudenten, welche in den Ferien auf die Bergwerke und Fabriken gehen um sich das Studium zu verdienen, werden die Ausgebeuteten sein.

Der edle Philantrop und Mäzen ist ein gewisser Herr Paul Friebel und logiert im Hotel Schneekoppe. Früher hatte F. auf der Schmiedebrücke ein Antiquariat und man erzählt sich, daß er auf Berliner Rennplätzen mehr als in seinem Laden zu finden war.

Diesen Laden verkaufte F. im vorigen Jahre nicht an einen, sondern an mehrere Kaufleute gleichzeitig. Deshalb wanderte Herr F. ins Gefängnis und jetzt in der holden Freiheit ist er daran, an Studenten seine Prellereien zu verüben. Die Studenten sind gewarnt!

— Wiederum hat der Butterpreis eine kleine Erhöhung erfahren. Der Breslauer Kleinhandelspreis für erstklassige Molkereibutter beträgt in Anlehnung an die Festsetzung der Berliner Butternotierungskommission von jetzt ab höchstens 2.12 Mark; der Kleinhandelspreis für Landbutter beläuft sich demnach auf 1,67 bis 1,76 Goldmark für ein Pfund.

Wo bleibt die Erhöhung der Löhne?

Die Schreibstube für Erwerbslose, Breslau 1, Ursulinerstraße 27/28 (Zentrale für Angestelltenvermittlung) übernimmt die Anfertigung von schriftlichen Arbeiten jeder Art (Adressenschreiben, Vervielfältigungen usw.) in sauberer und schneller Ausführung zu billigsten Preisen. Aufträge werden telephonisch unter Ohle 5434 und Magistrat 331 entgegengenommen; auf Wunsch wird auch ein Vertreter zu persönlicher Rücksprache entsandt.

Das ist keine Lösung der Erwerbslosenfrage für die Angestellten. Angestellte verlangt, daß der Breslauer Magistrat, das Breslauer Bürgertum für Arbeit sorgt!

Verlängerter Nachtverkehr der städtischen Straßenbahn. Vom Sonnabend, den 12. Juli, tritt ein neuer Fahrplan für den Nachtverkehr in Kraft. Ferner wird ab 12½ Uhr nachts ein erhöhtes Fahrgeld erhoben. Es beträgt für Erwachsene 25 Pfg. und für Kinder 15 Pfg., für Gepäck usw. 15 Pfg. Inhaber von Dauerkarten und Rückfahrscheinen, die erst nach 12½ Uhr zur Rückfahrt benutzt werden, zahlen dann einen Zuschlag von 15 Pfg. für Erwachsene und 10 Pfg. für Kinder, desgl. 10 Pfg. für Gepäck usw. Nach 12½ Uhr nachts bis Betriebsschluß werden Rückfahrscheine nicht ausgegeben. —

Für die schlemmende Bourgeoisie ist die Polizeistunde verlängert, darum der verlängerte Nachtverkehr der Straßenbahn. Den Proleten würde man so rücksichtsvoll nicht entgegenkommen.

Der Magistrat teilt mit:

Während der Sommerferien werden, wie im Vorjahre, in allen Stadtteilen mit Schulkindern im Freien Bewegungsspiele, Volkstänze, Ballspiele und dergl. sowie Wanderungen von kleinen Gruppen in die nähere Umgebung der Stadt veranstaltet.

In den Spielpausen erhalten die Kinder zu ihrer Kräftigung eine nahrhafte Mahlzeit.

Der Beitrag für die Teilnahme an dieser Erholungsfürsorge beträgt für Kind und Woche 30 Pfg.

Außer den Schulkindern, die bereits an dieser Veranstaltung teilnehmen, werden noch Nachmeldungen entgegengenommen und zwar an folgenden Stellen:

1. Für die Scheitniger Vorstadt — Pestalozzischule, Michelstraße 78/80, von 4 bis 6 Uhr im Speiseraum.
2. Für die Ohlauer Vorstadt — Brockauerschule, Brockauer Straße 12/14, von 4 bis 6 Uhr im Speiseraum.

3. Für die Nikolaivorstadt: — Liegnitzer Straße 12/20, von 4 bis 6 Uhr im Hortraum.
4. Für die Odervorstadt: — Kletschkauer Straße 2, von 4 bis 6 Uhr im Hortraum.
5. Für den Südosten: — [illegible], Schulhaus, 4 bis 6 Uhr im Hortraum.
6. Für den Südwesten: — [illegible], von 4 bis 6 Uhr im Hortraum.

Der Beitrag von 30 Pfg. ist bei der Anmeldung mitzubringen.

Während die ausgeführten Kinder der Breslauer Bourgeoisie mit ihren Eltern in die Bäder, Sommerfrischen, Gebirge fahren, können die schlecht genährten Proletarierkinder in den heißen Mauern der Großstadt bleiben. Wenn die Lehrer diesen Kindern in den Ferien eine Abwechslung schaffen, hoffen wir, daß bei solchen Veranstaltungen religiöse und nationalistische Volkserziehungsmethoden unterbleiben.

Wer sind die Eltern? Am 13. Juni gegen 12½ Uhr mittags, ist ein etwa vier Jahre altes Kind, das von seinem Vater in einem Kinderwagen gefahren wurde, in der Schmiedebrücke, Ecke Kupferschmiedestraße, von einem Fuhrwerk angefahren und erheblich verletzt worden. Die Eltern des Kindes werden aufgefordert, sich baldigst im Polizeipräsidium, Schuhbrücke 46, Zimmer 5, zu melden.

Aus der Provinz.

Wie politische Gefangene behandelt werden.

Die Komödie der ärztlichen Untersuchung.

Unter diesem Titel brachten wir in Nr. 56 vom 11. 6. 1924 einen Brief eines in Schweidnitz inhaftierten Genossen, an seinen Vater gerichtet, ab.

Der Präsident des Strafvollzugsamts schickt uns nun einen langen Brief und verlangt diesen als Berichtigung nach Paragraph 11 des Preßgesetzes in unserer Zeitung aufzunehmen.

Er wiederholt dasselbe, was nämlich in dem Briefe gesagt wurde, daß der zur Untersuchung gesandte Auswurf, den der Arzt untersuchen ließ, mit dem Vermerk „negativ" zurückgeleitet wurde. Das interessanteste an der sogenannten Berichtigung ist, daß dort geschrieben wird: der Arzt hat am 12. Juni

einen Tag nach unserer Veröffentlichung,

das letzte Mal den Auswurf zur Untersuchung wieder ergebnislos geschickt. Damit wird zugegeben, daß der Arzt kein reines Gewissen hat, sonst wartete man nicht erst die öffentliche Forderung einer Untersuchung ab. Daß der Arzt seine volle Pflicht nicht erfüllt hat, geht man daraus hervor, daß in dem Schreiben nicht die Aussage des Stationsbeamten abgestritten wird,

der Auswurf enthalte Blut und Eiter.

Ferner wird in der angeblichen Berichtigung verlangt, daß wir unsere allgemeinen Behauptungen über die ärztlichen Untersuchungen in Gefängnissen zurücknehmen, denn sie entsprächen nicht den Tatsachen. Daß wir bei unserer Behauptung bleiben müssen, dafür nur ein Beispiel aus den letzten Tagen:

„Am Mittwoch wurde in Berlin Genosse Tittel durch zwei Beamte der Abteilung Ia verhaftet. Daß die Verhaftung des Genossen Tittel ein brutaler Willkürakt der Berliner Polizei war, geht daraus hervor, daß sich selbst der Untersuchungsrichter über die Verhaftung wunderte und den Genossen T. nach erfolgter Vernehmung freiließ.

Die Polizei, welche nach einer Aeußerung des Untersuchungsrichters für die Verhaftung allein verantwortlich ist, motivierte die Festnahme damit, daß Genosse T. in einer öffentlichen Versammlung

die skandalösen Mißstände des Amtsgerichtsgefängnisses Weimar

an den Pranger gestellt hatte.

In diesem Gefängnis war Anfang dieses Jahres eine Frau niedergekommen. Das Kind kam — nach Angabe des Arztes — tot zur Welt. Die Schutzhäftlinge aber, welche sich im gleichen Gefängnis befanden, mußten ihre Zeitungen hergeben, die an Stelle von Windeln für das Kind Verwendung finden sollten. Die elementarsten sanitären Vorsichtsmaßnahmen wurden trotz wiederholten Hinweises der Schutzgefangenen der werdenden Mutter nicht gewährt. Auch wurde die Krankenhausbehandlung für die schwangere Frau vor der Geburt abgelehnt."

Wir sind gern bereit, mit dem Herrn Präsidenten des Strafvollzugsamts die Klinge zu kreuzen und werden beweisen, daß in Gefängnissen die politischen Gefangenen meistens als besondere Verbrecher behandelt werden. Wenn das Gefängnis Schweidnitz dabei eine Ausnahme macht, umso besser. Doch sind wir hier ebenfalls **sehr mißtrauisch**, wo

Kappputschisten und Mörder von Breslauer Arbeitern, Walter, Biskup und Brestler als Hilfsaufseher im Gefängnis angestellt sind.

(Preuß. Landtag am 14. 9. 1920.)

Jugend voran!

In Fraustadt hat sich unsere kommunistische Jugend einheitliche Mützen, einheitliche Kleidung verschafft und sie tragen sie auf ihren Wanderungen, Agitationstouren usw.

In Fraustadt selbst zeigen sie in der Woche mehrmals, daß die Kommunisten da sind, und daß sie keine Auseinandersetzung mit den Faschisten scheuen. Sie marschieren geschlossen durch die Straßen von Fraustadt und singen revolutionäre Lieder.

Machtes nach, Genossen!

Gleiwitz. Zum Kapitel „Klassenkampf" oder: „Er sah den Balken nicht in seinem Auge". Bibelkarle, das Großmaul des oberschlesischen Volksblattes, riß im Anfang voriger Woche seine Mundwinkel bis an die Ohren auf, als er die Feststellung machte, daß in Mikultschütz, angeblich auf Hintertreiben des Genossen Ohmann, ein Parteiloser zum dritten Schöffen gewählt wurde. Wie Löwengebrüll schallte durch ganz Oberschlesien Bibelkarles Geschrei über unerhörte Taktik der Klassenkämpfer und so weiter.

Jedoch, der Pharisäer sah den Splitter in seines Bruders Auge, den Balken in seinem eigenen Auge, den sah er nicht und handelte ebenso wie Petrus, der seinerzeit hoch und heilig beteuerte und schwur: „O, Herr und Meister, wenn alle dich verlassen sollten, — so verlasse ich dich nicht." Jedoch, zwei Stunden darauf, oder waren es einige Tage, als die Häscher erschienen und Jesum wegführten, folgte Petrus ihm nach und ließ sich sogar dazu bei, ihn dreimal zu verleugnen, ehe der Hahn zweimal krähte.

Aehnliches passiert auch unserm Bibelkarle. Seine Anhänger erhoben in Mikultschütz bei der ersten Schöffenwahl ein ungeheures Geschrei, daß ein Parteiloser als dritter Schöffe fungieren sollte. [illegible] die erste Schöffenwahl wird für ungültig erklärt, und man schreitet zur zweiten Wahl, und siehe da, was stellt sich bei der Vorbesprechung zwecks Aufstellung von Kandidaten für die Schöffenwahl heraus? Die angeblichen „Klassenkämpfer" um Karl Olonski, sie stimmten alle für einen Zentrumsmann, welcher den zweiten Schöffen und nicht den dritten, also unaktiven, Schöffen abgeben soll.

Wir glauben und sind der Ueberzeugung, daß man sich mit dem Heuchler, der den Balken in seinem Auge nicht gesehen hatte, erst nicht lange zu unterhalten hat, sondern diese markige Tatsache an die betreffende Stelle hängt, von wo aus sie den Arbeitern gebührend entgegengehalten werden kann.

Ebenso verdient bei dieser Geschichte auch noch folgende, ebenfalls in Mikultschütz passierte Begebenheit mit erwähnt zu werden.

Bibelkarles Anhänger haben als getreue Diener und Lakaien des Kapitals und als stramme Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei geschlossen gegen den kommunistischen Dringlichkeitsantrag auf Gewährung einer Summe zur Unterstützung und Speisung der Erwerbslosen gestimmt und den Antrag somit auf die lange Bank geschoben.

Wir bringen diese kurzen Tatsachen Bibelkarle vors Gesicht, damit er endlich einmal seine Augen aufmacht und den Balken in seinem eigenen Auge gewahrt.

Die Interessierten des Artikels „Klassenkämpfer".

Für die streikenden Bergarbeiter

gingen noch nachträglich ein: 65 Mark von Scheuner, Bunzlau, die an das Postscheckkonto Hartmann-Neukölln überwiesen sind.

KPD., Bezirksleitung Schlesien.

Achtung Berichtigung!

In dem Aufruf der Bezirksleitung zu den Jugendkonferenzen ist ein Druckfehler geschehen. Es muß heißen:

für Liegnitz Sonntag, den 13. Juli 1924,

und nicht, wie irrtümlicherweise, den 19. Juli. — Nochmals fordern wir auf, schleunigst die Tagungslokale mitzuteilen.

Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Leichnitz, Breslau. Inserate: Artur Müller, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Versammlungs-Kalender.

— K. I. Sonntag, den 13. Juli, [illegible] Uhr, Ausflug nach [illegible].

— Achtung, Zeitungsträger! [illegible]

— Achtung! Für alle Hauptkassierer der Ortsvereine sowie Betriebszellen [illegible]

Altwasser. Sonntag, den 13. Juli, [illegible]

Landeshut. Kommunistische Ortsgruppe. [illegible]

Langenbielau. Am Sonnabend, den 12. Juli, findet eine [illegible]

— Am Sonntag, den 13. Juli, findet ein [illegible]

Schweidnitz. Sonntag, den 15. Juli, vormittags [illegible] Uhr, im „Schwarzen [illegible]", Breslauer Straße, Kreiskonferenz. [illegible]

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2345.
Sonnabend und täglich 8 Uhr:
Gesamtgastspiel des Wiener Raimund-Theaters
„Wien gib acht!"
Große Ausstattungs-Revue in 11 Bildern.

Die Buchhandlung der Produktivgenossenschaft e. G. m. b. H.
empfiehlt der kom. Jugend
Die junge Garde
[illegible]

Oeffentl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Auf Grund einer seitens des Herrn Landrat eingegangenen Verfügung vom 27. Juni 1924 sind in Zukunft alle Anträge auf Erteilung von Genehmigungen von Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel stets 3 Wochen vor der geplanten Veranstaltung bei der Ortspolizeibehörde einzureichen.

Dittersbach, den 8. Juli 1924.

Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.
E. Bergmann. 697

Einen neuen Leser, Genosse!

Besonders billig!
Blusen Kleider Röcke
Frauen- und Männerwäsche
Händler Extra-Preise!
H. Fuchs
Friedrich-Wilhelmstraße 31

Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau
Trebnitzer Straße 50
Abteilung: Buchdruckerei
Wir liefern bei billigster Berechnung:
Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter
kurz alle Drucksachen für Private
Vereine u. Behörden

Kommunistische Stadtverordnete u. Gemeindevertreter
Ihr müßt unbedingt abonnieren:
„Die Kommune"
Die Zeitschrift erscheint laufend monatlich
Preis pro Exemplar 0.20 Mk.
Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50 Abteilung: Buchhandlung

Wo kauft man am billigsten
Schallplatten
im Spezial-Geschäft
Bergmann, Breslau
Karlsplatz 1, II. Etg. — Tauschzentrale

Genossen
zum Vertrieb unserer Zeitung im Straßenhandel gesucht.
Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
Trebnitzer Straße 50.

Jedem vorwärtsstrebenden **Arbeiter** sind die Ankündigungen unserer **Buchhandlung** ganz besonders zu empfehlen

OPPELN

MAX KARLINER
Oppeln OS. :-: Zimmerstraße Nr. 6
Strumpfwaren, Arbeiterbekleidung
Wäsche, Trikotagen, Kurzwaren
Billigste Bezugsquelle
für Händler, Hausierer und Wiederverkäufer

A. Scheer, Oppeln
Kirchstraße 12
Gegr. 1889 Telephon 516
Eisen-, Messing-, Stahl- und Kurzwaren / Eisenbahn- und Baubedarf
Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge in Extraqualität

Herren-Artikel
Kurz- und Wollwaren
Ia Qualität bei billigen Preisen
Spezialität:
Damenflor-, Maccostrümpfe
empfiehlt
Paul Brylla, Oppeln
Oderstraße 25. Telephon 616.

J. Krutschek / Inhaber Georg Krutschek
Oppeln :: Krakauer Straße 8
Eisenwarenhandlung
Haus- und Küchengeräte / Spezialität: Werkzeuge

Carl Poppelauer Nachfl.
OPPELN — RING 10
Manufaktur-, Modewaren und Leinen

Tapezierer und Dekorateur
Neuanfertigung und Umarbeitung von Polstermöbeln.
Fertige Polstermöbel in bester Ausführung ständig auf Lager
Robert Libor
Oppeln, Adalbertstraße 11

J. NEBEL, OPPELN
gegenüber der Regierung Fernsprecher 202
Großes Lager in Herrenstoffen, Kleiderstoffen, Seiden, Züchen, Linons, Damasten, Inletts, Gardinen, Teppiche, Tücher, Damenwäsche usw.
Streng reelle Bedienung! Billige Preise!

Jos. Herzog
vormals Feigenbauer
Eisenhandlung
Oppeln, Karlstraße Nr. 9